

Ressort: Finanzen

Bundesregierung gegen zusätzliche Schuldenmaßnahmen für Athen

Berlin, 20.05.2017, 00:00 Uhr

GDN - Im Streit um die Auszahlung der nächsten mindestens 7,4 Milliarden Euro aus dem dritten Griechenland-Hilfsprogramm spricht sich die Bundesregierung gegen zusätzliche Schuldenmaßnahmen aus: Keine längeren Kredit-Laufzeiten und keine Übernahme von IWF-Darlehen durch den Euro-Rettungsschirm ESM, erklärte das Bundesfinanzministerium auf Anfrage der "Bild" (Samstag): "Solche wie auch andere Schuldenmaßnahmen stehen nicht an." Die Regierung in Athen hingegen macht - nach Verabschiedung des nächsten Spar-Paketes - derartige Maßnahmen zur langfristigen Schuldentragfähigkeit des Landes zur Bedingung für die Umsetzung der beschlossenen Reformen.

Auch der Weltwährungsfonds drängt auf neue Schuldenerleichterungen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-89627/bundesregierung-gegen-zusaetzliche-schuldenmassnahmen-fuer-athen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619